

Bericht und Faktencheck zur Podiumsdiskussion am 21.01.2025 in Duisburg

Veranstaltungsort: Landfermann-Gymnasium

Einführung

Am 21. Januar 2025 fand am Landfermann-Gymnasium in Duisburg eine Podiumsdiskussion zwischen Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Deutschen Bundestages am 23.02.2025 statt. Organisiert und durchgeführt wurde die Veranstaltung von der SV des Landfermann-Gymnasiums und die Veranstaltung richtete sich an die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen der Einführungs- und der Qualifikationsphase. Die Veranstaltung beschäftigte sich mit politischen, sozialen und ökologischen Themen der heutigen Zeit und orientierte sich an Fragen der moderierenden Schülervertreterinnen und Schülervertretern sowie aus dem Publikum.

Grundverständnis des Faktenchecks

Das Team Faktencheck, bestehend aus Schülerinnen und Schülern der Sozialwissenschaftskurse der Einführungsphase, ist bemüht, einen Überblick über die während der Veranstaltung getätigten Aussagen zu liefern. Dabei soll kein Gesamtprotokoll erstellt werden, sondern es wird einzelnen Aussagen bzw. Aspekten der Debatte konkret nachgegangen, in Bezug auf andere Zusammenhänge wird Informationsmaterial zur Verfügung gestellt, sodass das Publikum im Nachhinein die Podiumsdiskussion vertieft nachvollziehen kann.

Teilnehmer und Themen

Die Podiumsdiskussion war prominent besetzt und bot eine breite Palette an Perspektiven. Teilnehmende der Podiumsdiskussion neben den Vertretenden der SV waren:

- Bärbel Bas, SPD
- Lamya Kaddor, Bündnis 90/Die Grünen
- Christian Leye, BSW
- Sven Benentreu, FDP
- Dennis Schieß, CDU
- Mirze Edis, Die Linke
- Alan Imamura, AfD

Die Diskussion deckte unterschiedliche Themen ab, darunter:

- Soziale Ungleichheit und Maßnahmen zur Förderung von Gerechtigkeit, Jugendkriminalität
- Bildung und deren Bedeutung für eine Gesellschaft, Bedingungen für Bildung vor dem Hintergrund der Digitalisierung
- Verteilungsfragen in Bezug auf die parteispezifischen Steuerkonzepte
- Standortdiskussion Duisburg/Deutschland/EU – Energiepreise und Unternehmensabwanderungen
- Migration und Umgang mit Flüchtenden

Überblick über die Teilnehmenden der Diskussion

Die Bundestagspräsidentin **Bärbel Bas** (SPD) betonte ihre Verbundenheit mit der Stadt Duisburg und fokussierte in ihren Ausführungen Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Dabei legte sie einen besonderen Schwerpunkt auf die Bildungsgerechtigkeit und die notwendige Verbindung der Ebenen der Kommunen, der Länder und des Bundes. Zentral war für sie zudem ein Verständnis der Wirkungsweise von Demokratie gegen Rechtsextremismus.

Die Bundestagsabgeordnete **Lamya Kaddor** (Bündnis 90/Die Grünen) hob in ihrem einleitenden Statement mehrere zentrale Themen hervor. Sie betonte die Notwendigkeit einer Modernisierung, wies jedoch darauf hin, dass in den aktuellen Diskussionen ökologische Aspekte zu wenig Beachtung fänden. Zudem legte sie besonderen Wert auf mehr Gerechtigkeit und fokussierte sich dabei auf soziale Probleme, die in engem Zusammenhang mit den aktuellen Krisen stünden.

Der Generalsekretär des BSW, **Christian Leye**, fokussierte vor allem das Thema der sozialen Gerechtigkeit, insbesondere auch in Bezug auf die steuerlichen Auswirkungen der Parteiprogramme bzw. deren Entlastungswirkungen. Er betonte, dass das BSW bemüht sei, die Krisen der Welt und die Konflikte mit diplomatischen Mitteln einzudämmen, und hob die ungleiche Vermögensverteilung sowie die Bedeutung von Tarifverträgen hervor.

Der Bundestagskandidat **Sven Benentreu** von der FDP betonte ein ermöglichendes Menschenbild als Grundlage seiner Erörterungen. Die Auffassung, dass Menschen Chancen gegeben werden müssten, sich selbst zu entwickeln, spiegelte sich sowohl in seiner Haltung zum Sozialstaat, der aus seiner Sicht zu viel verwalte und zu wenig ermögliche, als auch im Kontext der Bildungspolitik durch die Forderung von mehr Schulautonomie wider.

Stadtratsmitglied und CDU-Bundestagskandidat **Dennis Schleiß** fokussierte bei der Debatte die wirtschaftlichen Aspekte. Ihn beschäftigten Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, Unternehmensabwanderung, aber auch das Thema der Migration und der sicheren Drittstaaten. Er verwies wiederholt auf den Zusammenhang einer funktionierenden Wirtschaft und einer Sicherung sowohl von Aspekten der Renten als auch des Klimaschutzes. Für ihn seien ein funktionierender Klimaschutz und eine Rentensicherheit nicht ohne eine funktionierende Wirtschaft möglich. In diesem Zusammenhang stand für ihn auch die Frage eines potenziellen Wohlstandsverlustes.

Bundestagskandidat und Stadtratsmitglied **Mirze Edis** von der Partei *Die Linke* verwies in seinen Statements auf sein Engagement im Stadtrat und seine Verbindungen zur Duisburger Stahlindustrie. Herr Edis vertritt die Position, dass Deutschland in zu viele unnötige Kriege involviert sei und keine Waffen an international gesuchte Menschen geliefert werden sollten. Des Weiteren fordert er die finanzielle Förderung für Schulen und Integration, eine einheitliche weiterführende Schulform, dass keine Politik auf Schultern von Migranten ausgetragen werden solle und dass Deutschland wieder mehr zu einer Solidaritätsgesellschaft werde.

Stadtratsmitglied und Bundestagskandidat **Alan Imamura** von der AFD fokussierte in seinen Beiträgen europakritische Perspektiven, so verwies er in seinem Eingangsstatement darauf, dass er wegen der Forderung des Euroaustritts in die Partei eingetreten sei. Er betonte zudem, dass das soziale Umfeld für Menschen prägend sei und z.B. Auswirkungen im Bereich der Jugendkriminalität habe. Bedeutsam waren für ihn Fragen der Energiepreisbestimmung bzw. die aus seiner Sicht zu hohen Energiepreise sowie die von ihm abgelehnte Vermögensbesteuerung.

Faktencheck

Bezüglich einzelner Aussagen und Diskussionsaspekte hat eine Überprüfung stattgefunden. Die Aussagen werden nicht wörtlich zitiert, sondern im Zusammenhang betrachtet. Dabei wird auf unterschiedliche Quellen und Statistiken zur Konkretisierung der Zusammenhänge verwiesen.

Diskussion soziale Ungleichheit und Jugendkriminalität

Im Kontext der Einstiegsfrage gab es unterschiedliche Aussagen und Haltungen zur Frage des Verhältnisses von sozialer Ungleichheit und Jugendkriminalität.

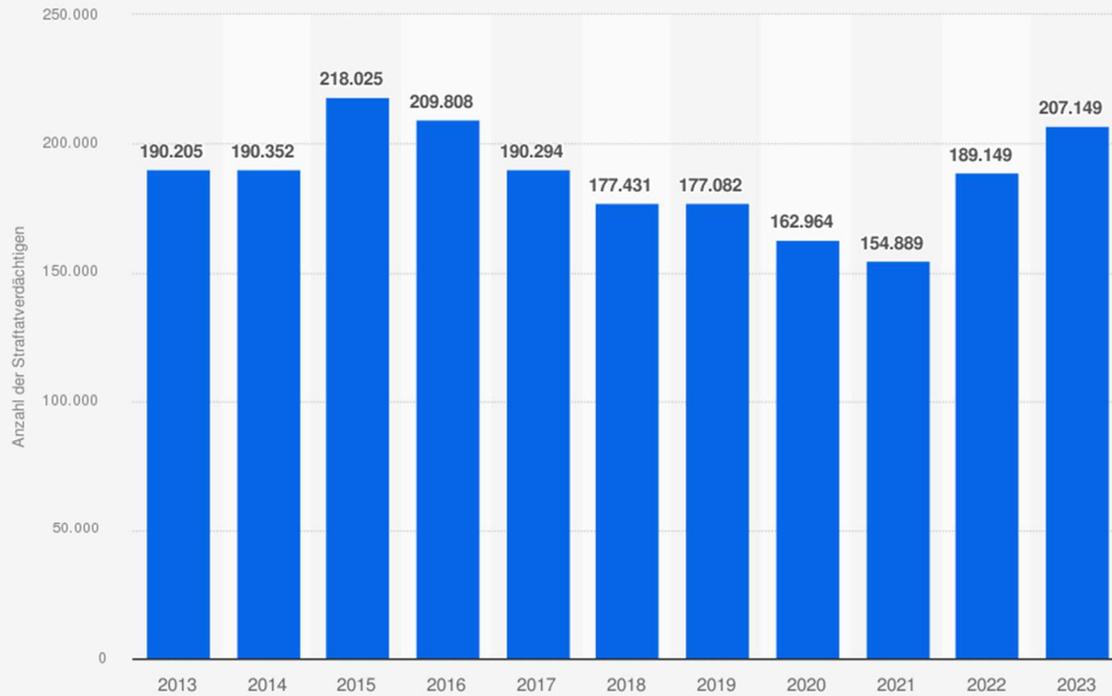
Herr **Alan Imamura** stellte u. a. fest, dass Jugendkriminalität mit dem Geschlecht und Migrationshintergrund der Täter zusammenhänge, was sich im Kern bestätigen lässt (<https://www.bpb.de/themen/innere-sicherheit/dossier-innere-sicherheit/301624/migration-und-kriminalitaet-erfahrungen-und-neuere-entwicklungen/#%E2%80%9E02%E2%80%9C>, <https://statistik.nrw/gesellschaft-und-staat/rechtspflege/strafverfolgung/aufgrund-von-straftaten-verurteilte-personen-nach-altersgruppen-und-geschlecht>; letzter Zugriff am 30.01.2025), allerdings nicht als grundlegende Schlussfolgerung gesehen werden kann (vgl. <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-wichtigsten-fragen-zur-auslaenderkriminalitaet.html>; letzter Zugriff am 30.01.2025).

Zudem verwies **Herr Imamura** darauf, dass die Jugendkriminalität in Deutschland gestiegen sei. **Hr. Edis** widersprach diesem Aspekt. Beide Aussagen sind bezüglich der Faktizität abhängig vom gewählten Bezugszeitraum. Je nach Vergleichsjahr, das gesetzt wird, kann man von abnehmender oder steigender Jugendkriminalität sprechen, der Höchststand straftatverdächtiger Kinder und Heranwachsender (bis 20 Jahre) in Deutschland wurde im Jahr 2001 erreicht, danach sank die Zahl bedeutsam bis zum Jahr 2014, im Jahr 2015 gab es einen deutlichen Anstieg, auf den wiederum ein Rückgang bis zum Jahr 2021 folgte. Seit 2021 steigen die Zahlen wieder, sind allerdings noch unter dem Niveau sowohl von 2015 als auch 2001 (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1243155/umfrage/straftatverdaechtige-kinder-und-jugendliche-in-deutschland/>; letzter Zugriff 30.01.2025).

Die beiden nachfolgenden Statistiken sind potenziell als Vergleich heranzuziehen. Während für Jugendliche davon gesprochen werden kann, dass nach einer Phase der Absenkung 2023 ungefähr das Niveau von 2015/16 wieder erreicht wurde, kann für Kinder (unter 13 Jahren) von einer ansteigenden Tendenz gesprochen werden. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass alle drei Statistiken die Zahl straftat**verdächtiger** Jugendlicher zeigen, nicht die Zahl tatsächlich nachgewiesener Straftaten (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/550/umfrage/entwicklung-der-anzahl-von-tatverdaechtigen-jugendlichen-seit-1993/> und <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1113534/umfrage/polizeilich-erfasste-tatverdaechtige-kinder-in-deutschland/>; letzter Zugriff 30.01.2025).

Für eine eigenständige Gesamtrecherche empfiehlt sich die Polizeiliche Kriminalstatistik, abrufbar unter https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/pks_node.html; letzter Zugriff 30.01.2025).

Anzahl der straftatverdächtigen Jugendlichen in Deutschland von 2013 bis 2023

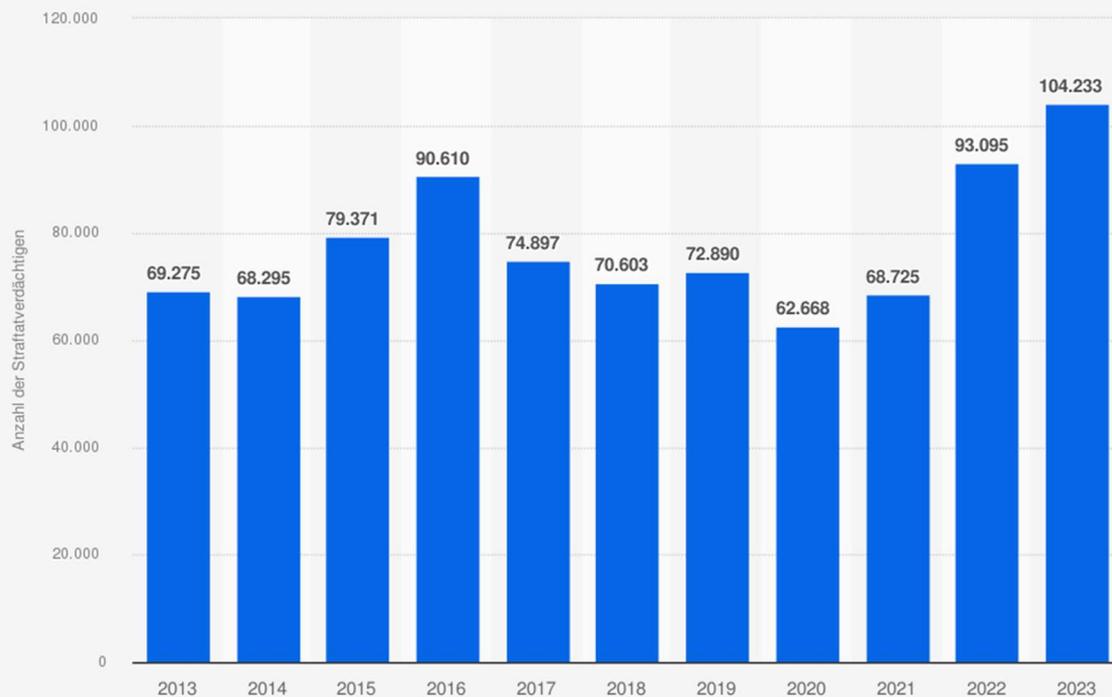


Quelle
Bundeskriminalamt
© Statista 2024

Weitere Informationen:
Deutschland; 14 bis 17 Jahre; inkl. Tatversuche



Anzahl der straftatverdächtigen Kinder in Deutschland von 2013 bis 2023



Quelle
Bundeskriminalamt
© Statista 2024

Weitere Informationen:
Deutschland; bis 13 Jahre; inkl. Tatversuche



Verteilungsfragen und Auswirkungen der Parteiprogramme (Fokus Steuer)

An unterschiedlichen Stellen der Diskussion, dominant aber in Verbindung zur Frage der sozialen Ungleichheit, fanden Aussagen der einzelnen Podiumsmitglieder zu Verteilungsfragen statt.

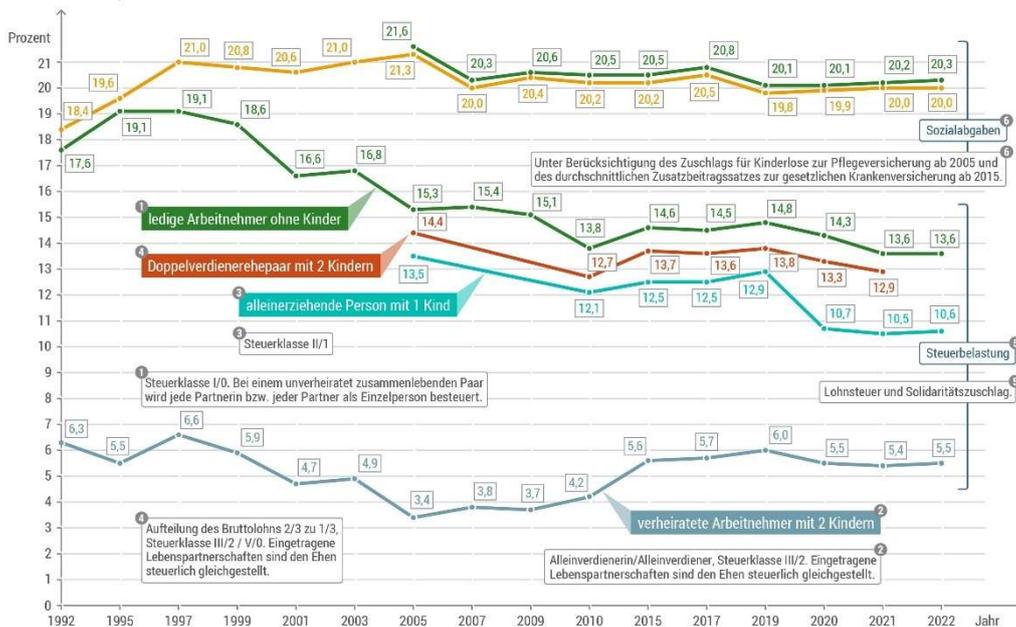
Hr. Leye verwies in seinem einleitenden Statement darauf, dass Duisburg die zweithöchste Armutsgefährdungsquote in Deutschland aufweise, was bestätigt werden kann (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159848/umfrage/armutsgefaehrungsquote-in-deutschland-2008/>; letzter Zugriff am 26.01.2025). Die Armutsgefährdungsquote ist „ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und ist definiert als Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 Prozent des Bundesmedians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten (Armutsgrenze bzw. Armutsgefährdungsschwelle). Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Es wird herangezogen, um die Einkommen unterschiedlich großer Haushalte vergleichbar zu machen und ergibt sich aus der Summe der Einkommen aller Haushaltsmitglieder, welche anschließend durch einen Wert dividiert wird, der üblicherweise anhand der „neuen OECD-Äquivalenzskala“ bestimmt wird“ (zit. nach: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/>; letzter Zugriff am 26.01.2025). Zudem verwies **Hr. Leye** auf die in Duisburg stark auftretende Kinderarmut in Höhe von ca. 30 %, was ebenfalls bestätigt werden kann (vgl. <https://www1.wdr.de/verbraucher/18-millionen/karte-kinderarmut-nrw-100~table.html>; letzter Zugriff am 26.01.2025). Insgesamt liegt Duisburg damit über dem bundesdeutschen Schnitt in Bezug auf die allgemeine Armutsgefährdungsquote wie auch die Kinderarmut (vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder „**Armutsgefährdungsquote in Deutschland von 2005 bis 2023**“ unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/> sowie Statistisches Bundesamt „**Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Bevölkerung in Deutschland nach Alter und Geschlecht im Jahr 2023**“ unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/244865/umfrage/von-armut-oder-sozialer-ausgrenzung-betroffene-bevoelkerung-in-deutschland/>; letzter Zugriff am 26.01.2025).

Zudem verwies **Hr. Leye** darauf, dass vier Familien in Deutschland so viel Vermögen besäßen wie die unteren 50% der Gesellschaft, was im Kern bestätigt werden kann, aber abhängig davon ist, wie genau der Familienbegriff hier aufgefasst wird (vgl. z.B. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/faktencheck-vermoegen-deutschland-ungleich-100.html> und <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553230/vermoegensungleichheit/> sowie <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61781/vermoegensverteilung/>; letzter Zugriff am 26.01.2025).

Auch **Fr. Kaddor** verwies an mehreren Stellen, ebenso wie **Hr. Edis**, auf eine insbesondere ungleiche Vermögensverteilung. **Fr. Kaddor** betonte die Wirkungsweise der progressiven Steuer und mahnte an, dass die Steuerbelastung in Deutschland kein Grund sei, das Land zu verlassen (Steuerflucht).

Steuer- und Abgabenlast von Durchschnittsverdienern

Anteil am Bruttojahresverdienst in Prozent, 1992 bis 2022



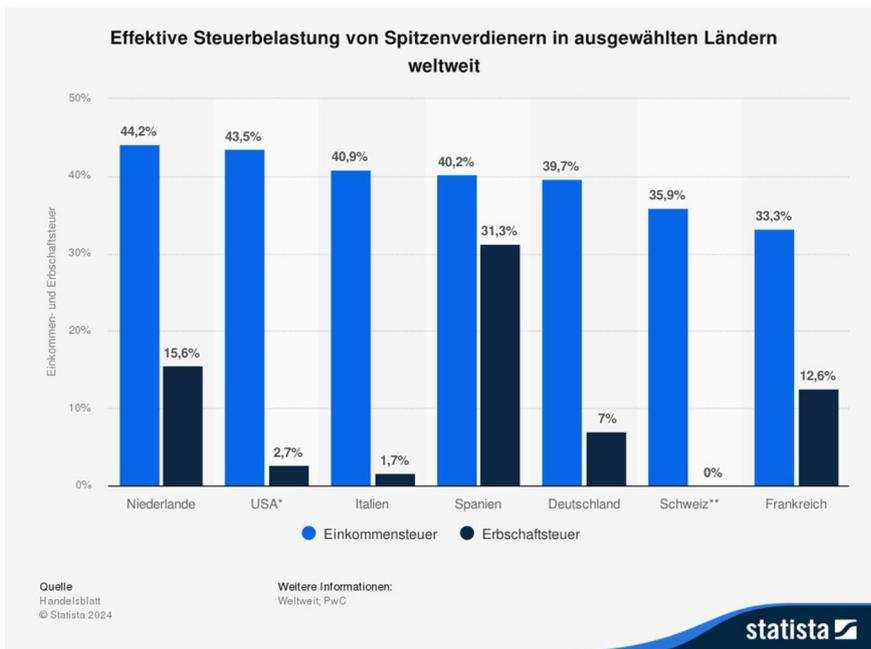
Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF): Datensammlung zur Steuerpolitik
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
Bundeszentrale für politische Bildung 2023 | www.bpb.de

Die obige Statistik zeigt die Entwicklung der Steuer- und Abgabenlast zwischen 1992 und 2022 für Durchschnittsverdiener (vgl. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61896/steuer-und-abgabenlast-von-durchschnittsverdienern/>; letzter Zugriff am 31.01.2025).

Nach Statista betrug „[i]m Jahr 2023 [...] die Steuerquote in Deutschland 23,1 Prozent. Dies bedeutet, dass die Einnahmen des Staates aus Steuern bei 23,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes lagen. Somit weist die Steuerquote die in der deutschen Volkswirtschaft gezahlten Steuern relativ zur Wirtschaftsleistung aus.“ (zit. nach <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/18522/umfrage/deutschland-anteil-steuereinnahmen-am-bruttoinlandsprodukt/>; letzter Zugriff am 31.01.2025)

Die Abgabenquote betrug „[i]m Jahr 2023 [...] in Deutschland 40,6 Prozent. Dies bedeutet, dass die Einnahmen des Staates aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bei 40,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes lagen. Somit weist die Steuerquote die in der deutschen Volkswirtschaft insgesamt gezahlten Abgaben relativ zur Wirtschaftsleistung aus.“ (zit. nach <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157905/umfrage/entwicklung-der-abgabenquote-in-der-deutschland-seit-1991/>; letzter Zugriff am 31.01.2025)

Als Vergleich heranzuziehen ist bspw. die nachfolgende Statistik:



(s. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/203269/umfrage/effektive-steuerbelastung-von-spitzenverdienern/>; letzter Zugriff am 30.01.2025)

Hr. Schleb betonte die Wichtigkeit der Entlastungen von kleinen und mittleren Einkommen und verwies darauf, dass die CDU für diese Entlastungen Sorge. Konkret nannte er die Anhebung der Bemessungsgrenze für den Spitzensteuersatz. **Hr. Leye** (BSW) verwies auf eine Studie des ZEW und der *Süddeutschen Zeitung*, in der die finanziellen Wirkungen der Parteiprogramme für die Bundestagswahl 2025 ausgewertet wurden, visualisiert nach dem jährlichen Bruttoeinkommen und der Veränderung des verfügbaren Einkommens. Die Studie des ZEW verweist darauf, dass die prozentuale Veränderung im verfügbaren Einkommen auf Grund des CDU-Vorhabens bedeutend größer bei mittleren und hohen Einkommen verfängt als bei den kleineren Einkommen.

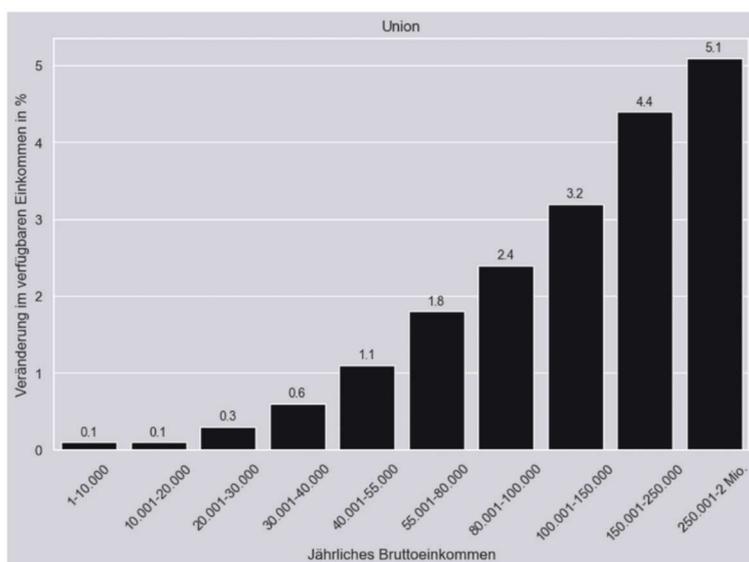


Abbildung 7: Prozentuale Veränderung im verfügbaren Einkommen nach Bruttoeinkommensklasse: **Union**

Hinweise: Berechnungen des ZEW Mannheim.

(vgl. https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf; letzter Zugriff am 28.01.2025)

Insgesamt zeigt die Studie die folgenden Wirkungszusammenhänge der Parteiprogramme:

4 Ergebnisse

4.1 Prozentuale Veränderungen im verfügbaren Einkommen

4.1.1 Bruttoeinkommensklassen

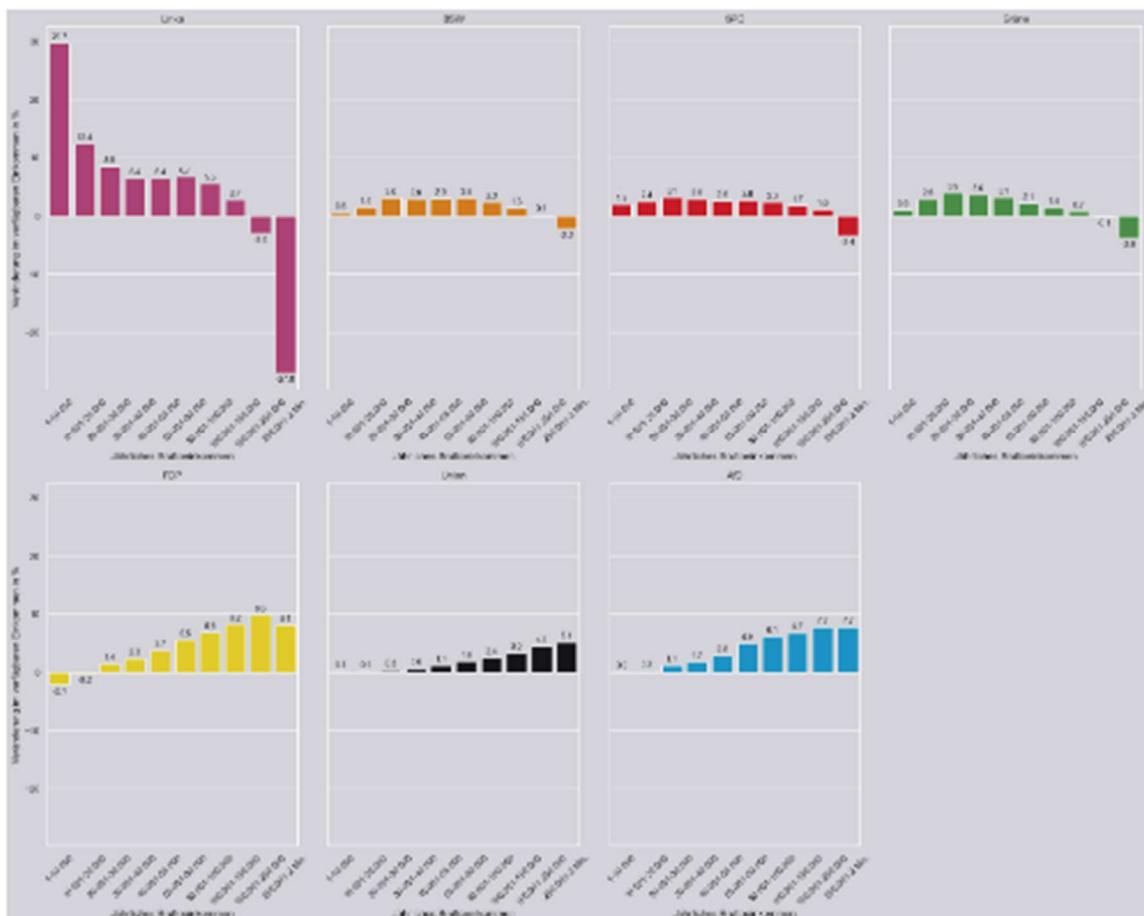


Abbildung 1: Prozentuale Veränderung im verfügbaren Einkommen nach Bruttoeinkommensklasse

Hinweise: Berechnungen des ZEW Mannheim.

(s. https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf; letzter Zugriff am 29.01.2025)

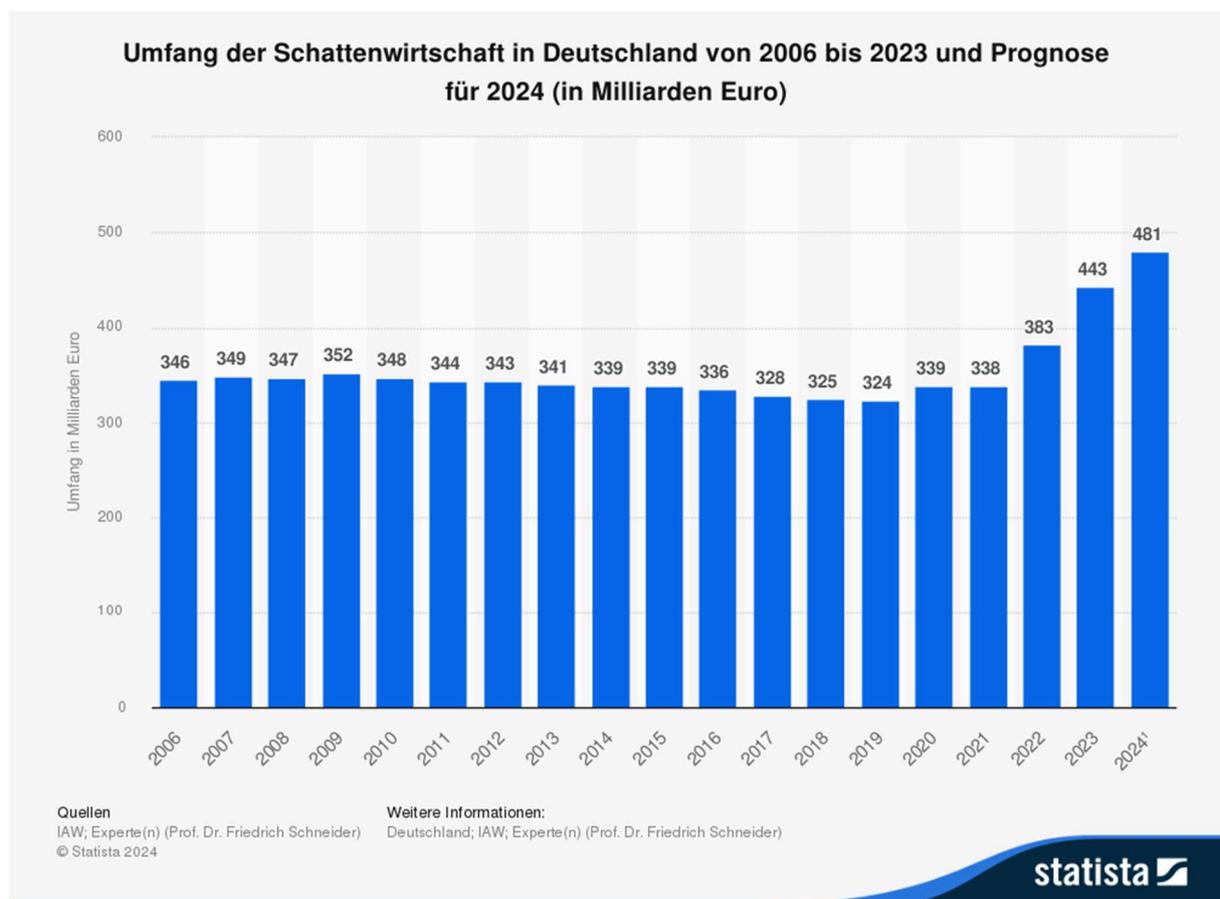
Hr. Edis (Die Linke) verwies im Kontext der Verteilungsdiskussionen darauf, dass mehrere Milliarden an Euros jährlich an Steuern hinterzogen würden, was durch viele Quellen belegt werden kann. Hinzuweisen ist aber darauf, dass diese Steuerhinterziehung nicht nur durch die extrem Reichen, sondern auch durch z.B. Schwarzarbeit stattfindet (vgl. z.B. <https://www.forschung-und-wissen.de/nachrichten/oekonomie/steuerhinterziehung-kostet-deutschland-125-milliarden-euro-13379339> > > > >

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/buergergeld-betrug-steuerhinterziehung-finanzieller-schaden-102.html#Steuerhinterziehung>; letzter Abruf am 28.01.2025).

Die beiden nachfolgenden Statistiken zeigen zum einen den Umfang der sogenannten Schattenwirtschaft in Deutschland. Nach Statista umfasst „Schattenwirtschaft [...] alle wirtschaftlichen Aktivitäten, die dem Staat nicht gemeldet werden und deshalb nicht ins Bruttoinlandsprodukt eingehen“ (s.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/20063/umfrage/entwicklung-des-umfangs-der-schattenwirtschaft-seit-1995/>, ebenfalls Quelle der nachfolgenden ersten Grafik; letzter Zugriff am 28.01.2025).

Zum anderen wird eine Darstellung zum europäischen Vergleich bezüglich der Steuerhinterziehung aufgeführt (s. <https://de.statista.com/infografik/16785/hoehoe-der-hinterzogenen-steuern-in-den-eu-staaten/>, Quelle der zweiten nachfolgenden Grafik; letzter Zugriff am 28.01.2025).



Steuerhinterziehung kostet EU-Staaten Milliarden

Geschätzte Höhe der hinterzogenen Steuern in den EU-Staaten (in Mrd. Euro)



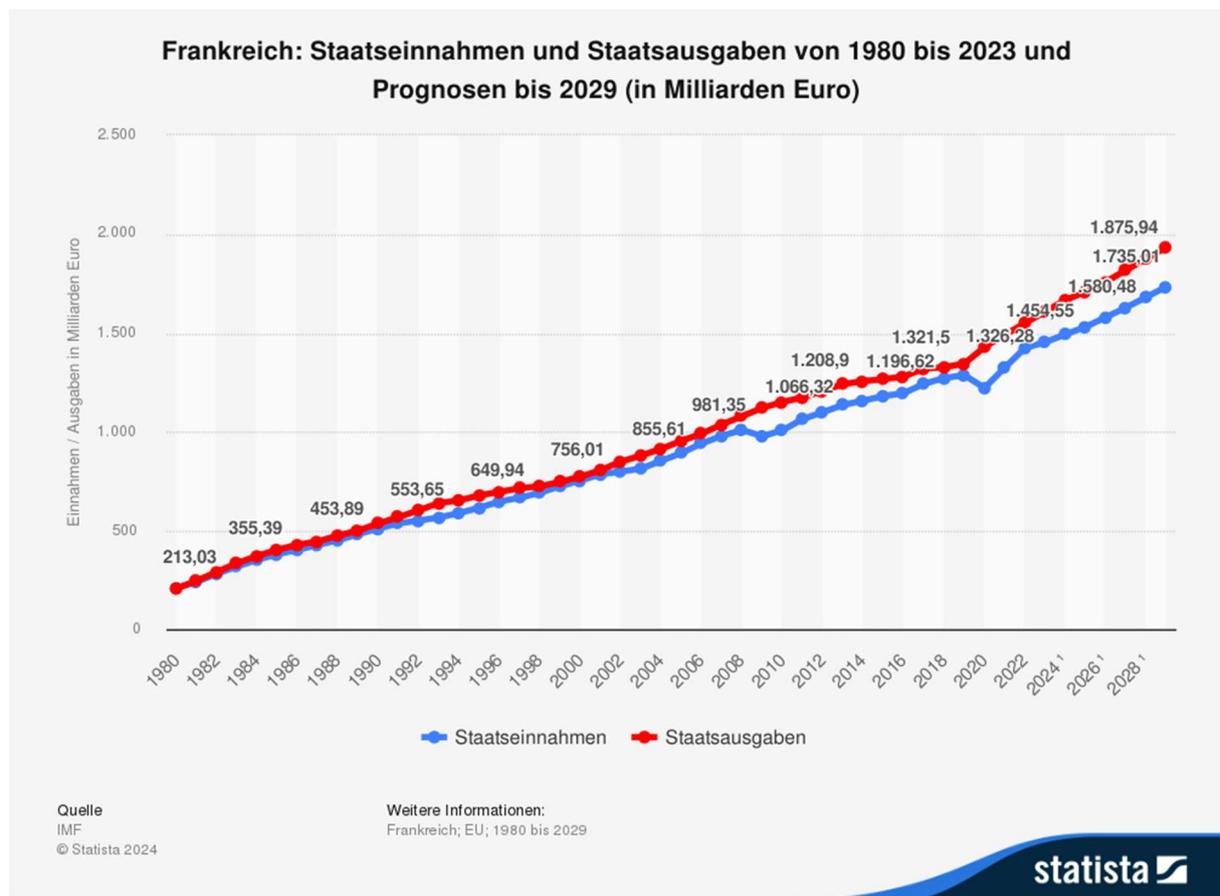
Stand: 2015

Quelle: University of London im Auftrag der S&D-Fraktion im EU-Parlament

statista

Im Kontext dieser Diskussion und im Zusammenhang der Frage über die Wiedererhebung der Vermögenssteuer äußerte **Hr. Imamura** aus unserem Verständnis heraus einen Vergleich zur sogenannten Millionärssteuer bzw. Reichensteuer in Frankreich. Er sagte, dass es Beispiele gebe, die zeigten, dass höhere Steuern auf Vermögen keine Mehreinnahmen für den Staat bedeuteten, sogar für das Gegenteil sorgten, explizit sprach er von sinkenden Steuereinnahmen, und nannte die Millionärssteuer in Frankreich.

Die Ungenauigkeit in den Begriffen erschwert die Überprüfung, aber aus unserem Verständnis heraus ist die Reichensteuer in Frankreich, die von 2012 bis 2015 (in Teilen 2018) erhoben wurde, eine Einkommensteuer, keine Vermögensteuer. Diese Steuer ist keine eigene Steuer im engeren Sinne, sondern direkt vergleichbar mit dem Prinzip des Spitzen- bzw. Höchststeuersatzes in Deutschland (vgl. hierzu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichensteuer#Frankreich> und <https://de.wikipedia.org/wiki/Verm%C3%B6gensteuer>; letzter Zugriff 02.02.2025) . Im selben Zeitraum wurde in Frankreich (allerdings auch bereits seit den 80ern) eine Vermögenssteuer erhoben, die im Jahr 2017 nicht ausgesetzt, sondern stark eingegrenzt wurde. So oder so attestierte **Hr. Imamura**, dass in diesem Zeitraum die Steuereinnahmen gesunken seien, er sagte, der Staat habe weniger eingenommen.

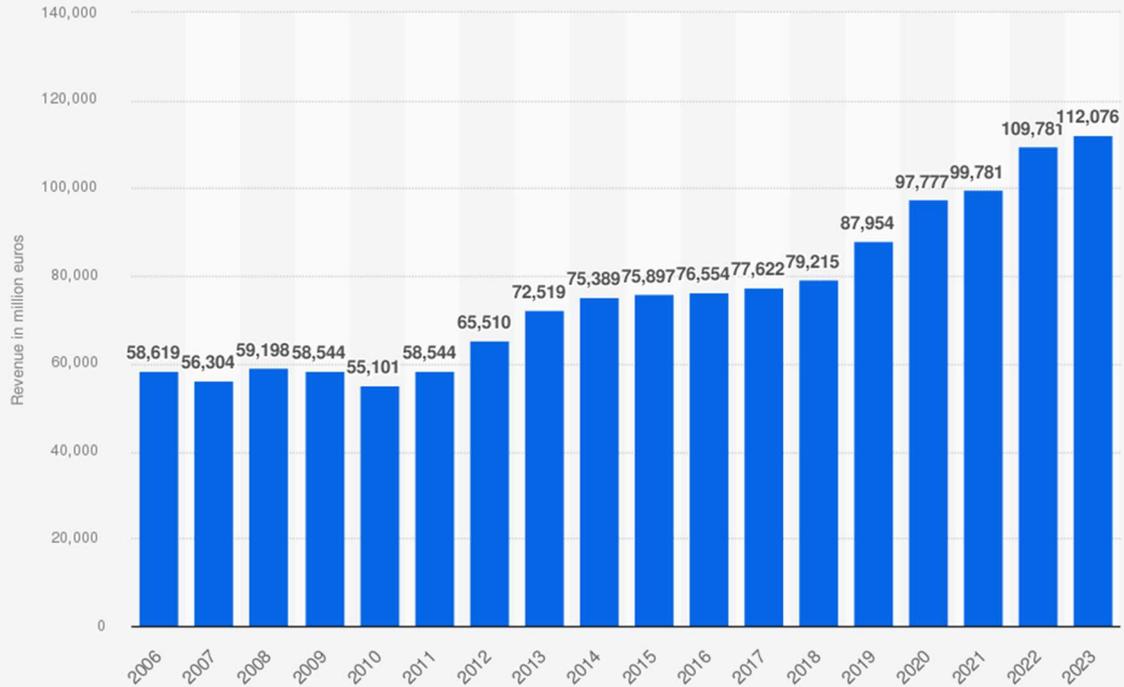


(vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200534/umfrage/staatseinnahmen-und-staatsausgaben-in-frankreich/>; letzter Zugriff am 30.01.2025)

Die obige Statistik ermöglicht zumindest eine Hinterfragung dieser Aussage, da für den Zeitraum zwischen 2012 und 2018 die Staatseinnahmen Frankreichs gestiegen sind. Insgesamt existiert hier für uns das Problem, dass nur wenige Daten barrierefrei und kostenfrei zugänglich sind.

Ergänzend ist auf die folgenden Statistiken hinzuweisen, die zeigen, dass die Einkommensteuereinnahmen (vgl. <https://www.statista.com/statistics/1011759/income-taxes-state-collected-france/>; letzter Zugriff 02.02.2025) sowie die Gesamtsteuereinnahmen Frankreichs (vgl. <https://www.statista.com/statistics/1459238/annual-tax-revenues-largest-eu-economies/>; letzter Zugriff 02.02.2025) im entsprechenden Zeitraum zumindest nicht gesunken sind, allerdings ist ab 2019 in Frankreich ein deutlicher Anstieg der Einnahmen aus der Einkommensteuer zu erkennen, der sogar einer allgemeinen Verringerung der Einnahmen zwischen 2019 und 2020 gegenübersteht:

Total revenue from income taxes in France from 2006 to 2023 (in million euros)

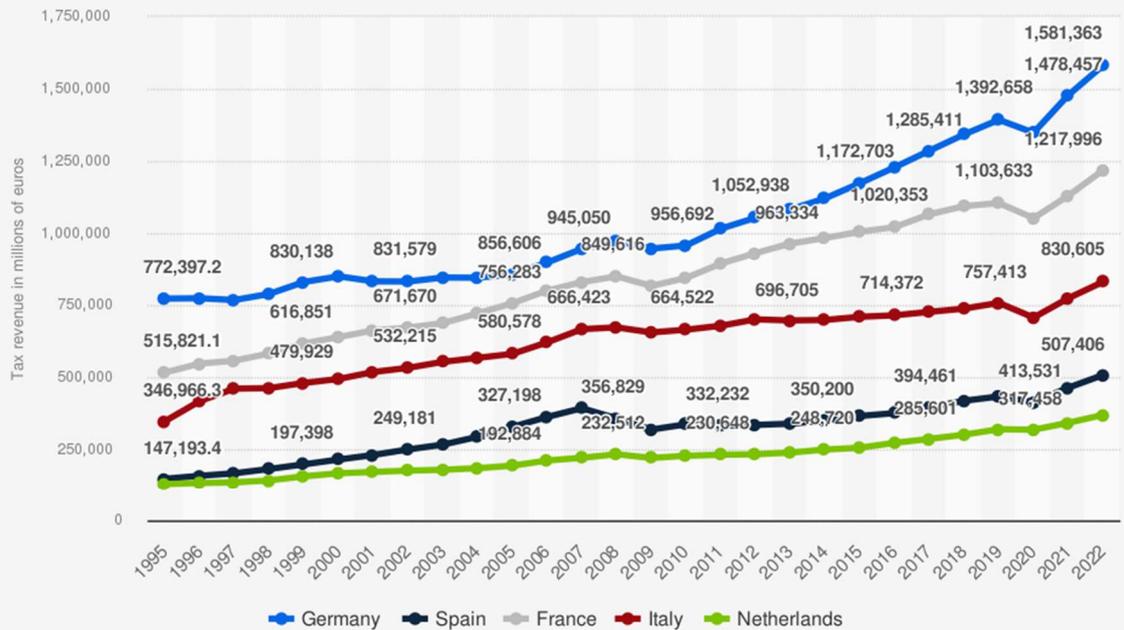


Source
Ministère de l'Économie et des Finances
© Statista 2024

Additional Information:
France; 2006 to 2023



Total annual taxation revenues in France, Germany, Italy, the Netherlands, and Spain from 1995 to 2022 (in millions of euros)



Source
Eurostat
© Statista 2025

Additional Information:
Europe; EU; Eurostat; 1995 to 2022



Wir vermuten, dass sich Hr. Imamura auf Angaben bezüglich der potenziell oder auch tatsächlich entgangenen Steuereinnahmen bezieht, die der Natur der Sache gemäß eher geschätzt werden müssen.

Zur weiteren Information über diesen Zusammenhang kann im Rahmen unserer Recherchemöglichkeiten auf folgende Artikel verwiesen werden:

<https://www.diepresse.com/1386850/reichensteuer-kostete-frankreich-bis-zu-70-mrd-euro>;
letzter Zugriff am 31.01.2025

<https://www.derstandard.at/story/1356426803912/experten-franzoesische-reichensteuer-bringt-wenig>;
letzter Zugriff am 31.01.2025

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/haushalt-rueckkehr-der-reichensteuer-wende-in-frankreichs-finanzpolitik/100072622.html>;
letzter Zugriff am 31.01.2025

<https://www.fr.de/politik/streit-um-macrons-vermoegenssteuerreform-zr-8783408.html>;
letzter Zugriff am 31.01.2025

Auffällig am gesamten Diskurs ist aus unserer Perspektive, dass die Begriffe Reichensteuer und Vermögensteuer teils synonym verwendet werden, während sich der eine Begriff aus unserem Verständnis auf laufende Bezüge ohne Kapitalerträge bezieht und der andere auf zu definierenden Besitzstand.

Im einen weiteren Zusammenhang der Diskussion über die Verteilungsfragen äußerte sich **Sven Benentreu** (FDP) auf Nachfrage der Moderierenden zur Aussage Christian Lindners, dass das Bürgergeld 24 Euro zu hoch sei (vgl. https://x.com/c_lindner/status/1833850679946879313; letzter Zugriff 31.01.2025), zur Definition und aktuellen Diskussion über das Bürgergeld, insbesondere im Kontext des Existenzminimums und der Regelbedarfsanpassungen.



Das Existenzminimum beschreibt den finanziellen Mindestbetrag, der einer Person zur Verfügung stehen muss, um grundlegende Lebensbedürfnisse wie Ernährung, Kleidung und persönliche Ausgaben zu decken. Dieser Betrag, auch Regelbedarf genannt, wird regelmäßig überprüft und angepasst, um den aktuellen Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen (vgl. [Bundesregierung 2025](#); letzter Zugriff am 26.01.2025).

Bezüglich der umstrittenen Frage, ob das Bürgergeld um 24 Euro zu hoch sei, kann darauf verwiesen werden, dass der Regelsatz für Alleinstehende im Jahr 2024 auf 563 Euro monatlich erhöht wurde. Dies entsprach einer Steigerung um 61 Euro und war eine Reaktion auf die hohe Inflation. Berechnungen zeigten jedoch, dass dieser Betrag rechnerisch um 24 Euro weniger stark hätte ansteigen müssen auf Grund der niedrigeren Inflationsentwicklung. Eine Kürzung wurde jedoch durch die Besitzstandswahrung verhindert, sodass die Beträge unverändert blieben. Auf Grund dieser Situation ist für das Jahr 2025 eine sogenannte Nullrunde beschlossen worden (vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/nullrunde-buergergeld-2309118>; letzter Zugriff 31.01.2025, s. folgende Grafik).

Die Regelbedarfsstufen seit Einführung des Bürgergeldes:

	zum 1.1.2023	zum 1.1.2024	zum 1.1.2025
Alleinstehende/Alleinerziehende (Regelbedarfstufe 1)	502 Euro (+53 Euro)	563 Euro (+61 Euro)	563 Euro (+-0 Euro)
Paare je Partner/Bedarfsgemeinschaften (Regelbedarfstufe 2)	451 Euro (+47 Euro)	506 Euro (+55 Euro)	506 Euro (+-0 Euro)
Volljährige in Einrichtungen (Regelbedarfstufe 3)	402 Euro (+42 Euro)	451 Euro (+49 Euro)	451 Euro (+-0 Euro)
Jugendliche von 14-17 Jahre (Regelbedarfstufe 4)	420 Euro (+44 Euro)	471 Euro (+51 Euro)	471 Euro (+-0 Euro)
Kind von 6-13 Jahre (Regelbedarfstufe 5)	348 Euro (+37 Euro)	390 Euro (+42 Euro)	390 Euro (+-0 Euro)
Kind von 0-5 Jahre (Regelbedarfstufe 6)	318 Euro (+33 Euro)	357 Euro(+39 Euro)	357 Euro (+-0 Euro)

Zur weiterführenden Betrachtung s. auch:

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/buergergeld-fdp-100.html>; letzter Zugriff am 31.01.2025.

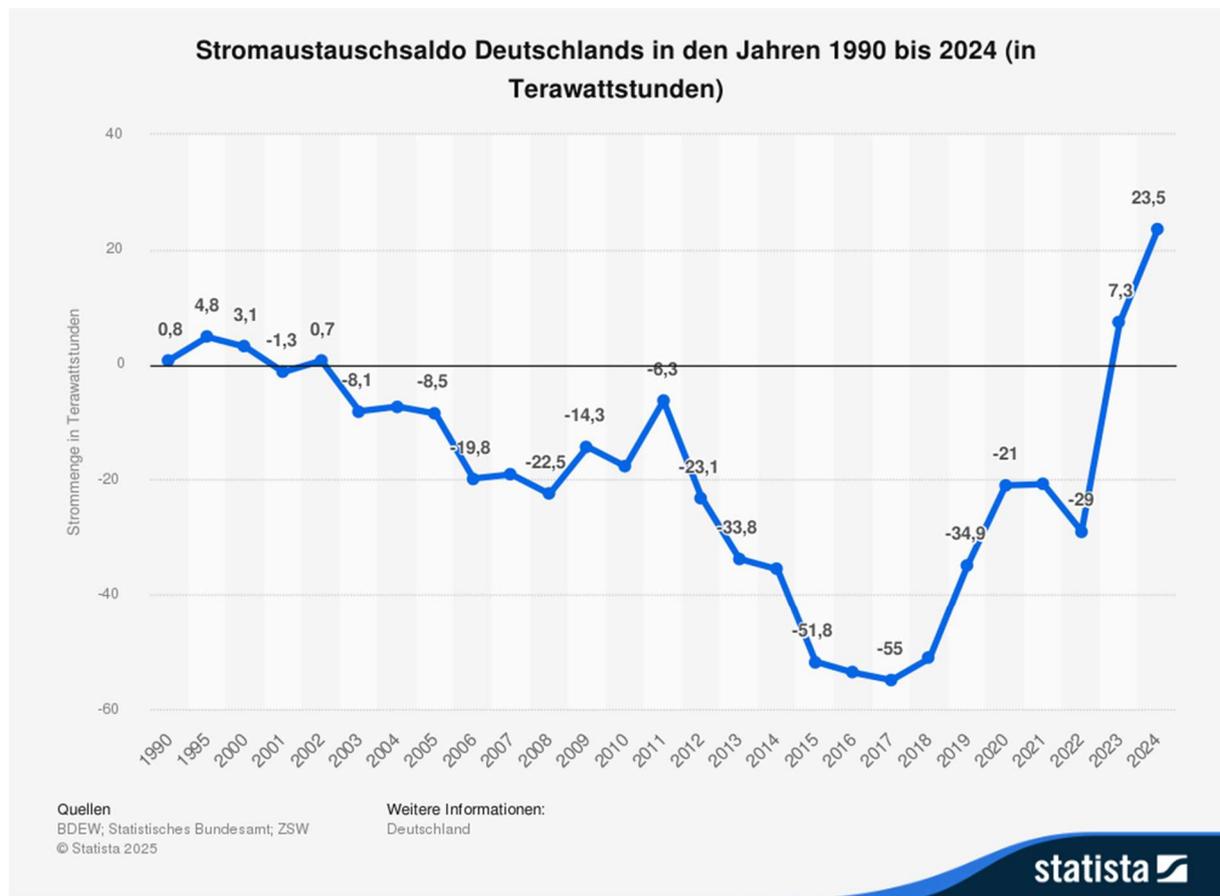
Standortdiskussion Duisburg/Deutschland/EU – Energiepreise und Unternehmensabwanderungen

Bärbel Bas (SPD) verwies in einer ihrer Aussagen auf die Gefährdung von ca. 11.000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie. Damit bezog sie sich auf die Ankündigungen von Thyssenkrupp (TKSE) aus dem November 5000 Arbeitsstellen zu streichen und weitere 6000 zu verlagern in den nächsten 6 Jahren (vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/unternehmen/thyssenkrupp-stahl-jobabbau-100.html>; letzter Zugriff am 28.01.2025) Diese Aussage wurde im Rahmen der Diskussion in den

Kontext der Klimatransformation eingeordnet, da Thyssenkrupp zur grünen Transformation im Sinne der teilweisen Umstellung der Stahlproduktion auf grünen Wasserstoff Unterstützungen/Investitionen vom Bund und dem Land NRW in Höhe von ca. 2 Milliarden Euro erhalten hat (vgl. <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/thyssenkrupp-bilanz-verluste-stahlgeschaeft-100.html>; letzter Zugriff am 29.01.2025), insgesamt geht es im Sinne der Klimatransformation um den Übergang zu einer CO₂-neutralen Produktion in der Stahlindustrie. Insbesondere der Standort Duisburg ist von den Transformationsprozessen betroffen, da dort Europas größte integrierte Hüttenwerke angesiedelt sind, die einen erheblichen CO₂-Ausstoß verursachen.

Im engen Zusammenhang dazu steht **Fr. Bas'** Antwort auf eine Aussage von **Herrn Imamura**, der behauptete, dass die Energiekosten in Deutschland durch administrative Eingriffe künstlich nach oben getrieben würden. **Fr. Bas** entgegnete, dass die Energiekosten sinken würden bzw. gesunken wären. Ähnlich wie bei den Aussagen zur Jugendkriminalität ist die Problematik hier die Frage des Bezugspunktes. Im Rahmen der dem Team zur Verfügung stehenden freien Recherchemittel ist es insgesamt schwierig, die genaue Entwicklung der Energiepreise auch vor dem Hintergrund der Zusammensetzung differenziert zu betrachten.

Die folgenden Statistiken können bei einer Einordnung helfen:



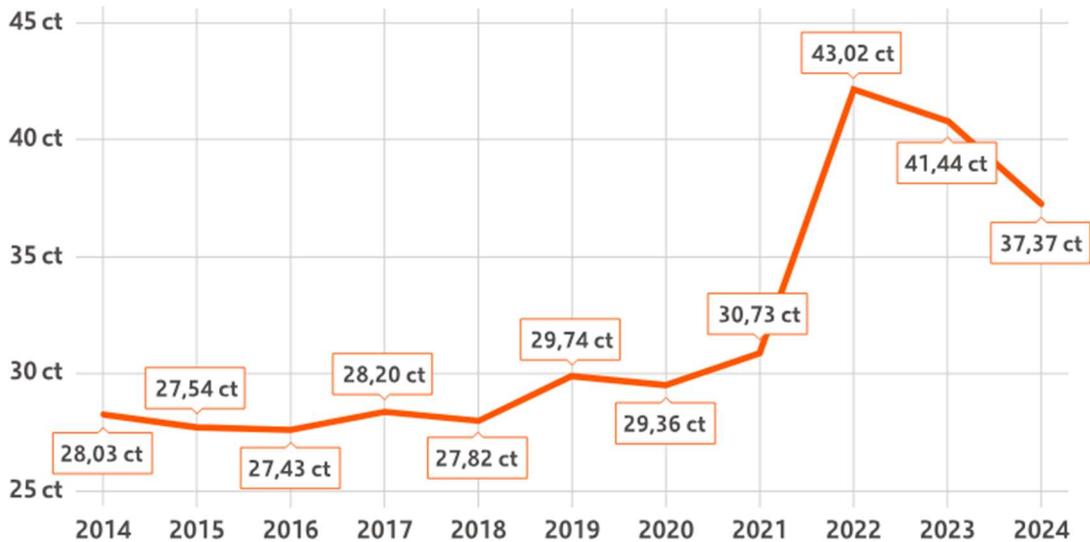
(vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153533/umfrage/stromimportsaldo-von-deutschland-seit-1990/>; letzter Zugriff 31.01.2025)

Die obige Statistik zeigt, dass Deutschland nach einer langen Phase des überwiegenden Stromexports im Jahr 2024 so viel Energie wie seit den 1990ern nicht mehr importieren musste.

Strompreisentwicklung 2014 – 2024



Ø-Strompreis in ct/kWh bei einem Verbrauch von 4.000 kWh/Jahr

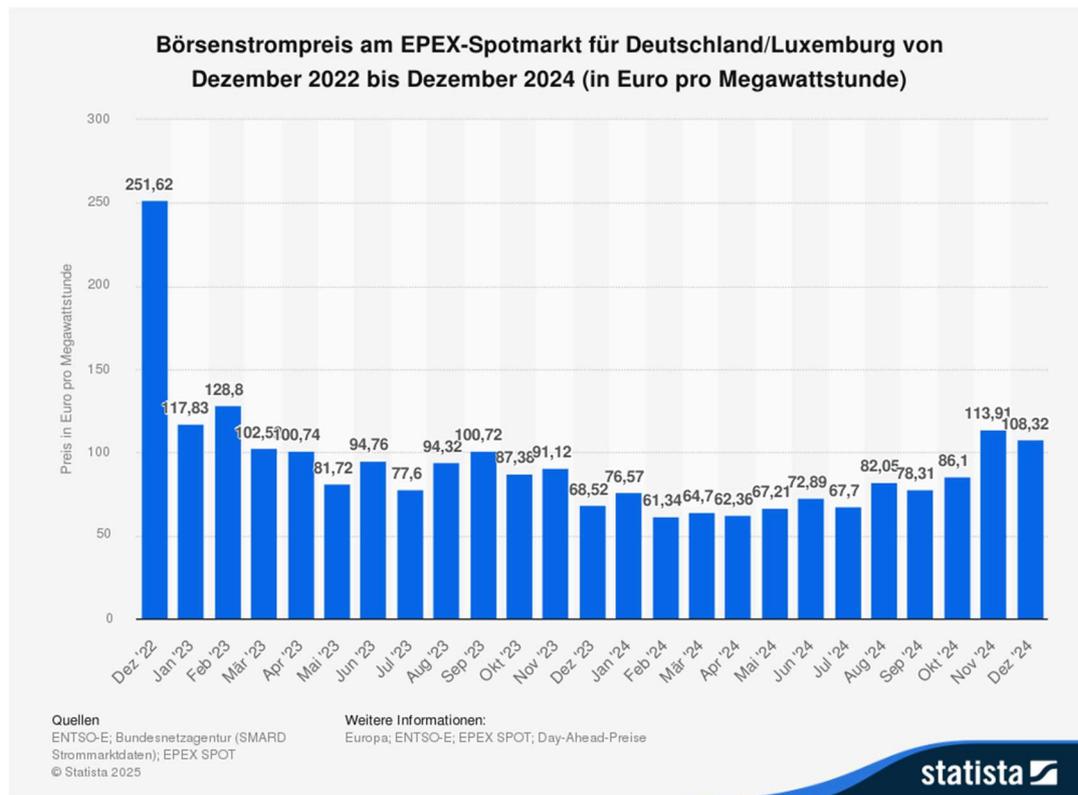


Quelle: verivox.de



(vgl. <https://www.verivox.de/strom/strompreisentwicklung/>; letzter Zugriff 31.01.2025)

Die obige Statistik weist auf, dass die Strompreise nach einem Maximum im Jahr 2022 wieder gesunken sind, aber deutlich über dem Niveau von 2014 bis 2020 liegen. Einschränkend ist festzuhalten, dass hier die Preise für private Haushalte dargestellt werden.



(vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/289437/umfrage/strompreis-am-epex-spotmarkt/>; letzter Zugriff 31.01.2025)

Erklärend zur obigen Statistik:

„Börsenstrompreisentwicklung am EPEX-Spotmarkt bis Dezember 2024, veröffentlicht von V. Pawlik, 06.01.2025

Im Dezember 2024 betrug der durchschnittlich gehandelte Preis für Strom im Marktgebiet Deutschland/Luxemburg rund 108,32 Euro pro Megawattstunde und lag damit deutlich tiefer als zwei Jahre zuvor. Grund für die dramatisch gestiegenen Kosten vor allem während des Jahres 2022 war der akute Erdgasmangel aufgrund des russischen Angriffskrieges und den damit einhergehenden Preissteigerungen. [...]

Die Strombörse EPEX SPOT

An der europäischen Strombörse EPEX mit Sitz in Frankreich werden im Spotmarkt Stromlieferungen für den jeweiligen Folgetag gehandelt. Neben Deutschland/Luxemburg deckt sie die Märkte Belgien, Frankreich, die Niederlande, Österreich, die Schweiz sowie das Vereinigte Königreich ab. Die Strombörse dient als Handelsplattform, anhand derer eine faire Preisbildung für den Großmarkt gewährleistet wird. Europäische Stromversorger, die Strom an den Endverbraucher liefern, erwerben diesen in einem nun transparenten und als sicher geltenden Großmarkt.

Wie setzt sich der Strompreis zusammen?

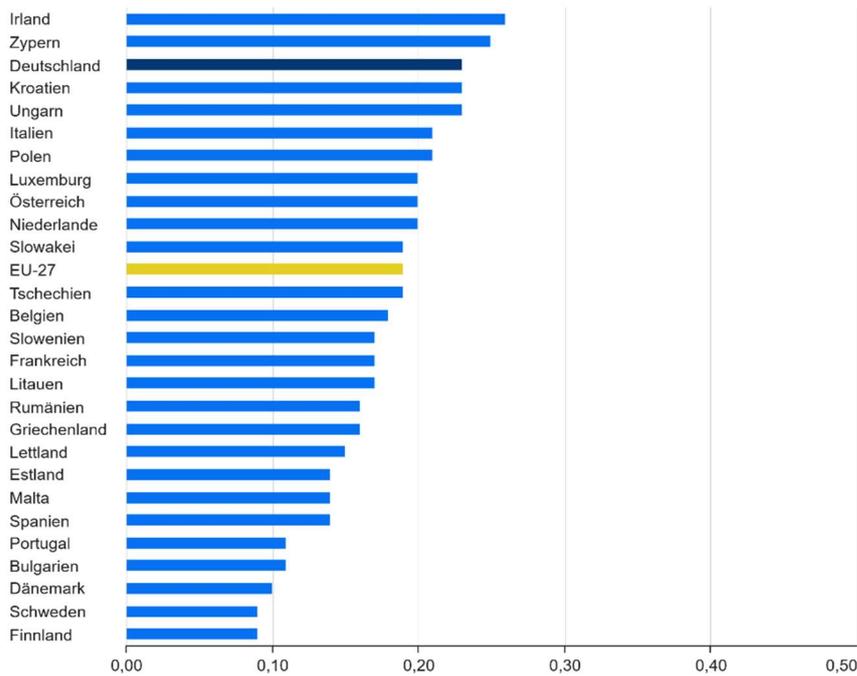
Der Endverbraucherpreis für Haushalte ist höher als der Börsenstrompreis, da er zudem Steuern, Zuschläge und Netzentgelte enthält, was einen direkten Vergleich unmöglich macht. Der Anteil des Preises für die Strombeschaffung am Gesamtstrompreis lag im Jahr 2023 bei 40,6 Prozent. Das ist der Anteil, den die Stromanbieter für die Strombeschaffung verlangen und beeinflussen können. Enthalten sind hier die Strombeschaffungskosten, Risikoprämien und Gewinnmargen der Stromanbieter. Strombeschaffungskosten basieren nicht auf den realen Kosten, sondern sind langfristig kalkuliert, um feste Preise anbieten zu können. Die einkalkulierten Risikoprämien der Stromanbieter dienen dazu, sich gegen steigende Beschaffungskosten abzusichern.

Ab dem Jahr 2025 sind Energieversorger gesetzlich dazu verpflichtet, ihren Kunden einen dynamischen Stromtarif anzubieten, um die Endverbraucherpreise enger mit der Preisentwicklung an der Strombörse abzustimmen.“ (zit. nach . <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/289437/umfrage/strompreis-am-epex-spotmarkt/>; letzter Zugriff 31.01.2025)

Ergänzend von Interesse dürfte der europäische Vergleich sein:

Strompreise in Nicht-Haushalten* 1. Halbjahr 2024

in Euro je Kilowattstunde (kWh)

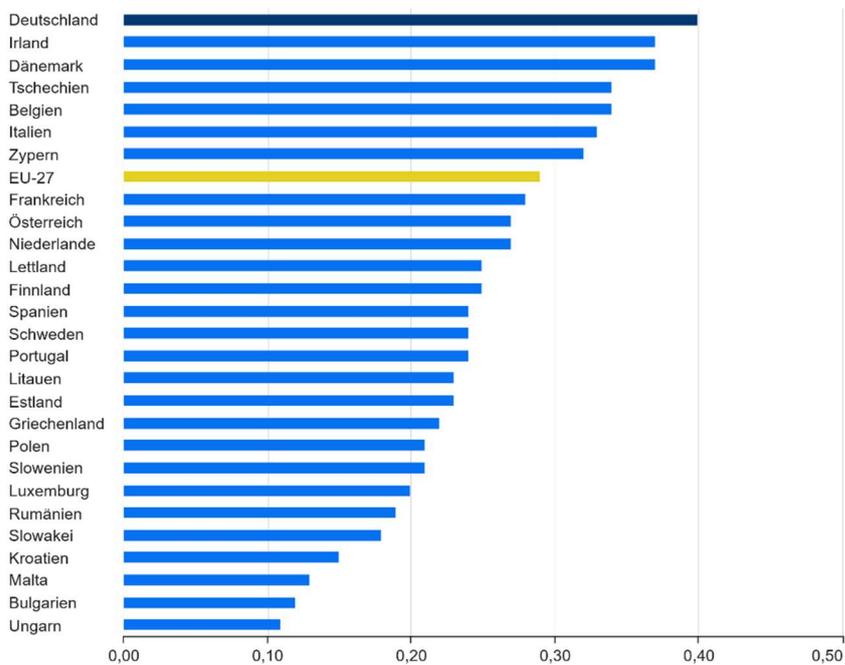


Ohne MWSt, erstattungsfähige Abgaben / Steuern. * Hierzu zählen u.a. Unternehmen, Schulen, Verwaltung. Quelle: Eurostat

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

Strompreise in Privathaushalten 1. Halbjahr 2024

in Euro je Kilowattstunde (kWh)

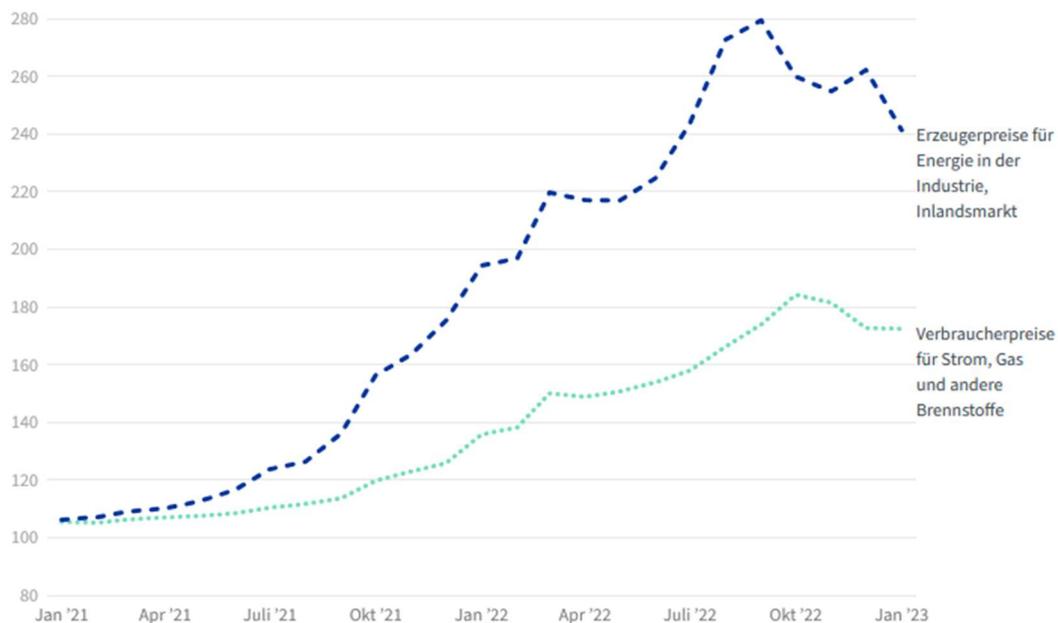


Inklusive Steuern und Abgaben. Quelle: Eurostat

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2025

(vgl. https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/GreenDeal/_Grafik/strompreise.html, letzter Zugriff 31.01.2025)

Erzeuger- und Verbraucherpreise in der EU



Durchschnittsindex (2015=100), nicht bereinigt

Quelle: Eurostat

(vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/infographics/energy-prices-2021/#0>; letzter Zugriff am 31.01.2025)

Als additive Information zu empfehlen:

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/wirtschaft/industrie-strom-preis-internationaler-vergleich-100.html>; letzter Zugriff am 31.01.2025

<https://www.ndr.de/ratgeber/verbraucher/Fragen-und-Antworten-So-entsteht-der-Strompreis,strompreisfaq100.html>; letzter Zugriff am 31.01.2025

<https://www.ndr.de/nachrichten/info/Strompreis-aktuell-So-viel-kosten-die-Kilowattstunden,strompreis182.html>; letzter Zugriff am 31.01.2025

Im selben thematischen Kontext beschrieb **Hr. Schleb** (CDU) die Abwanderung von vielen Unternehmen als großes Problem für den Standort Deutschland. Auch wenn einige Artikel, wie auch im *Handelsblatt* (vgl. <https://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/standortpolitik-so-viele-deutsche-firmen-wie-seit-15-jahren-nicht-wandern-aus-kostengruenden-ab/29084292.html>; letzter Zugriff: 28.01.2025), darstellen, es würden viele Unternehmen aus Deutschland abwandern, lässt sich diese Aussage nicht direkt überprüfen. Das *Handelsblatt* bezog sich in diesem Artikel auf eine Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK). Diese spricht jedoch nicht davon, dass Unternehmen aus Deutschland tatsächlich abwandern, sondern, dass „[d]ie Zahl der Industriebetriebe, die Produktionseinschränkungen oder eine Abwanderung ins Ausland erwägen, [kontinuierlich] steigt“ (vgl. <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/energie/energiegewende-barometer-24/energieprobleme-verfestigen-abwanderungstendenzen-120314>; letzter Zugriff am 28.01.2025). Die DIHK fragte zudem die Unternehmen nicht direkt, ob sie darüber nachdenken ins Ausland abzuwandern, sondern „Welche Maßnahmen **mit Außenwirkung** ergreift Ihr

Unternehmen angesichts der Veränderungen in der Energiewirtschaft und -politik?“ (vgl. <https://www.dihk.de/resource/blob/120386/1681c61b9a91ad07af50f85f0ff77bcb/auswertung-energiewende-barometer-2024-data.pdf> , Seite 20; letzter Abruf am 28.01.2025).

Für uns sind aktuelle Abwanderungsstatistiken so nicht zu überprüfen, die meisten Quellen verweisen jedoch eher auf Stimmungsumfragen. Folgende Quellen, zusammen mit den oben genannten, können u.a. als Orientierung dienen:

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/wirtschaftsverbaende-abwanderung-100.html>

<https://www.fr.de/wirtschaft/industrienation-deutschland-abwanderung-konzerne-verlagerung-arbeitsplaetze-autobranche-wettbewerb-zr-93291011.html>

<https://www.fr.de/wirtschaft/firmen-verlassen-europa-der-co-preis-ist-jedoch-nicht-der-grund-93304286.html>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1290347/umfrage/geschaeftrisiken-fuer-die-deutsche-industrie/>

Zudem verwies **Hr. Schleb** auf eine bedeutende Zahl offener Stellen, die eigentlich auch eine sinkende Arbeitslosenquote bedingen müssten. Diese Aussage lässt sich bestätigen. In Q3 2024 gab es ca. 1 Millionen sofort zu besetzende Stellen (vgl. <https://iab.de/das-iab/befragungen/iab-stellenerhebung/aktuelle-ergebnisse/>; letzter Abruf am 28.01.2025) und ca. 3,6 Millionen Unbeschäftigte (vgl. <https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt>; letzter Abruf am 28.01.2025).

Hr. Imamura verwies im Kontext der Standortdebatte und bezüglich einer Publikumsnachfrage zum Parteiprogramm der AfD, das einen Ausstieg aus der EU und dem Euro fordert (vgl. https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf; letzter Zugriff am 02.02.2025), 1. auf das Interesse bezüglich eines Verbleibs im Binnenmarkt (vgl. ebenfalls https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf, siehe insbesondere die Aussagen zur Wirtschafts- und Interessengemeinschaft (WIG) auf S. 70), und 2. auf die Einmischungen einer EU-Zentralregierung in Bereiche, in denen sie nicht zuständig sei. Auf Nachfrage von **Fr. Kaddor** nannte Hr. Imamura die Bereiche Soziales und Bildung, in die sich die EU ohne Zuständigkeit einmische, auf weitere Nachfrage nannte er den Bologna Prozess als konkretes Beispiel.

Der Bologna Prozess ist jedoch ein freiwilliger, nicht von der EU initiiertes Prozess, die EU wurde institutionell im Verlauf in diesen integriert, vor allem aber ist es kein reiner EU-Prozess, sondern insgesamt nehmen 49 Staaten an diesem teil, sodass es zumindest schwierig nachzuvollziehen ist, wieso Hr. Imamura diesen Prozess als Beispiel für die Einmischung der EU außerhalb ihrer Zuständigkeitsbereiche ansieht (vgl. allgemein zum Bologna Prozess, auch in kritischer Perspektive, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176720/bologna-prozess/> +++ <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/204059/bologna-vom-politischen-prozess-in-europa-zur-studienreform-in-deutschland/> +++ <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/204075/bologna-die-ungeliebte-reform-und-ihre-folgen/> +++ <https://www.deutschlandfunk.de/bologna-reform-hochschulen-zukunft-100.html>; bei allen Links letzter Zugriff am 01.01.2025).

Insgesamt ist bezüglich der Aussage **Hrn. Imamuras** zur Einmischung der EU in Bereiche, für die diese nicht zuständig sei, auf Grund der Allgemeinheit schwierig eine Überprüfung vorzunehmen. Daher sei auf die folgende Seite verwiesen:

https://commission.europa.eu/about/role/law/areas-eu-action_de; letzter Zugriff am 01.02.2025.

Dieser offiziellen Seite folgend kann die EU nur in Bereichen tätig werden, in denen die Mitgliedsländer sie auf Grund der EU-Verträge dazu ermächtigt haben.

„Drei Grundsätze bestimmen, wie und in welchen Bereichen die EU tätig werden kann:

- begrenzte Einzelermächtigung – die EU verfügt nur über die Zuständigkeiten, die ihr durch die von allen Mitgliedstaaten ratifizierten EU-Verträge verliehen wurden.
- Verhältnismäßigkeit – die EU-Maßnahmen beschränken sich darauf, was zum Erreichen der Ziele der EU-Verträge erforderlich ist.
- Subsidiarität – in Bereichen, in denen entweder die EU oder nationale Regierungen tätig werden können, darf die EU nur eingreifen, wenn sie ein Problem wirksamer lösen kann.“ (zit. nach https://commission.europa.eu/about/role/law/areas-eu-action_de; letzter Zugriff am 01.01.2025)

Diskussion Migration

Die Diskussion zur Migration bewegte sich auf unterschiedlichen Ebenen, bei denen sich Fragen des Umgangs mit Aktionen der AFD vermischten mit Fragen bezüglich des Umgangs mit Flüchtenden, der Aufnahmeregelungen in Deutschland und damit auch der EU.

Dementsprechend werden an dieser Stelle dominant Zusammenhänge geklärt, da die situativen Einschätzungen und Meinungsäußerungen bzw. Haltungen nicht im Rahmen der Faktizität zu überprüfen sind.

Abschiebetickets:

Die Karlsruher AfD hat Anfang Januar als Wahlkampfaktion Abschiebetickets in Briefkästen in Karlsruhe verteilt. Diese Flyer sind vom Layout her an ein Flugticket angelehnt. In diesem soll der Passagier „Illegaler Einwanderer“ von Deutschland nach „Sicheres Herkunftsland“ fliegen. Das Datum des „One-way-economy“-Fluges ist der Termin der Bundestagswahl am 23. Februar. Am unteren Ende des Flyers steht geschrieben „Nur Remigration kann Deutschland noch retten“ und „Zuhause ist es auch schön“. Auf der Rückseite stehen einige Stichpunkte zur Migrationspolitik der AfD, darunter auch, dass Staatsbürger nicht abgeschoben werden sollen.

Dass diese Tickets explizit an Personen mit Migrationshintergrund gegangen sind, lässt sich nicht bestätigen und wird vom AfD-Kreisverband Göppingen bestritten.

Die Kriminalpolizei Karlsruhe ermittelt wegen des Verdachts der Volksverhetzung.



(vgl. <https://www.tagesschau.de/inland/regional/badenwuerttemberg/afd-abschiebung-bundestagswahlkampf-abschiebetickets-migration-100.html> +++ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-wahlkampf-abschiebetickets-migration-100.html> +++ <https://www.landtag-bw.de/de/aktuelles/dpa-nachrichten/wirbel-um-afd-abschiebetickets-in-karlsruhe-551824> +++ <https://afd-stadt-karlsruhe.de/2025/01/13/abschiebeflyer/>; letzter Zugriff am 31.01.2025)

Flüchtlinge nach Genfer Konvention:

In Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 wird der Begriff „Flüchtling“ genau definiert. Als flüchtende Person kann man jene bezeichnen, die aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, oder politischer Überzeugung nicht in ihrem Heimatland geschützt werden können oder vertretbare Gründe dafür haben diesen Schutz zu verweigern (vgl. https://www.unhcr.org/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf; letzter Zugriff am 31.01.2025, s. auch <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270371/genfer-fluechtlingskonvention/>; letzter Zugriff am 02.02.2025).

Sichere Drittstaaten und GEAS:

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag für eine Drittstaatenlösung im Kontext der Asylverfahren bzw. der Migrationsdebatte plädiert. Die Drittstaatenlösung soll dafür sorgen, dass man sich als Asylbewerber während des Antragsprozesses in einem sicheren, kooperierenden Staat befindet, der nicht das Herkunftsland ist.

Dieses Verfahren ist jedoch nach dem Gemeinsamen europäischen Asylsystem (GEAS) und dem Dublin-Vertrag nicht vorgesehen und wäre dadurch schwer, wenn nicht sogar gar nicht rechtlich umsetzbar. Anzumerken ist auch, dass es sich schwierig gestalten könnte, Menschen- und Flüchtlingsrechte in den Lagern der Drittstaaten zu wahren. Außerdem könnte die Umsetzung eine erhebliche Belastung für den Haushalt darstellen.

(vgl. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw26-de-asylrecht-1009588> +++ <https://www.home.cdu.de/artikel/drittstaatenloesung-fuer-humanere-migrationspolitik> +++ <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingschutz/AblaufAsylverfahrens/DublinVerfahr>

[en/dublinverfahren-node.html](#) +++
https://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/publikationen/Basisinformationen/Basisinf_3_220613fin_web.pdf +++ <https://www.fr.de/politik/asyl-migration-verfahren-debatte-drittstaaten-ruanda-deutschland-cdu-spd-ampel-93137784.html> +++ https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Stellungnahmen/DIMR_Stellungnahme_Auslagerung_von_Asylverfahren_in_Drittstaaten_Juni_2024.pdf +++
<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/glossar-migration-integration/270370/gemeinsames-europaeisches-asyssystem/>; letzter Zugriff am 31.01.2025)

Die gesamte Diskussion zur Migration zeigte teils stark divergierende Perspektiven, allerdings mit einem gemeinsamen Kern, der Genfer Flüchtlingskonvention.

Im Anschluss an dieses Thema und zum Ende der Veranstaltung nannte **Hr. Edis** unterschiedliche Zitate von AFD-Politikern und Politikerinnen. Diese sind nachweisbar und hinlänglich bekannt (vgl. z.B.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article162616473/Bjoern-Hoecke-hat-eine-irritierende-Ansicht-zu-Adolf-Hitler.html> +++ <https://www.stern.de/politik/sexismus-eklat-auf-afd-parteitag---besser-an-einer-stange-tanzen--7772164.html>; letzter Zugriff am 02.02.2025).

Allerdings muss erwähnt werden, dass diese Aussagen, die Hr. Edis zitiert hat, zwar tatsächlich getätigte Aussagen von Mitgliedern der AFD sind, allerdings sind diese Aussagen nicht Teil des Wahl- oder Parteiprogramms der AFD und auch keine Aussagen, die von Hrn. Imamura als anwesendem Vertreter der AFD getätigt wurden.

Fazit

Die Podiumsdiskussion am Landfermann-Gymnasium in Duisburg bot wertvolle Einblicke in einige der drängendsten Themen der heutigen Zeit. Die sorgfältige Prüfung der Aussagen der Teilnehmer zeigt, dass die meisten ihrer Behauptungen fundiert sind. Zu erinnern ist an dieser Stelle daran, dass das Team Faktencheck nicht versucht hat, jede einzelne Aussage zu protokollieren bzw. ein Gesamtprotokoll zu erstellen. Vielmehr ging es uns darum, einen Überblick über die strittigsten und divergentesten Perspektiven zu liefern und so die Veranstaltung eben als Medium der Information zur aktuellen politischen Debatte zu begreifen.

Solche Veranstaltungen tragen dazu bei, das Bewusstsein zu schärfen und den Dialog zu fördern, was für die Bewältigung der gemeinsamen Herausforderungen unerlässlich ist.

Mitglieder des Teams:

Tristan Dunin-Majewski, Florian Gallhoff, Jonathan Gailer, Nada Khalfallah, Ismael Krause, Sofia Manchikova, Ege Ulutas (alle EF), Sascha Spolders (begleitende Lehrkraft)